

Edgar Einemann

Praxischancen: Kooperation zwischen Universitäten und Gewerkschaften

Man kann von einem Prozeß der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Gesellschaft sprechen. Von der unmittelbaren Produktion abgelöste Forschungs- und Entwicklungsarbeit wird in Instituten und Unternehmen geleistet, die zugleich eine Ausbildungsfunktion haben. Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Industriegesellschaft sind es nicht zuletzt die privaten Unternehmer, die über die Inhalte und

Aufgaben wissenschaftlicher Arbeit bestimmen und über ihre Resultate verfügen können. Das gilt nicht nur für die Forschung in den Betrieben und Aufträge an Professoren, sondern auch für die scheinbar neutrale und öffentlich finanzierte Wissenschaft. Die Notwendigkeit der guten Zusammenarbeit mit "der Wirtschaft" z.B. zur Sicherung von Betriebszugängen und Finanzquellen oder der Berufsperspektive der Absolventen, oft aber auch nur die Bereitschaft zur Arbeit an der Rationalisierung der Produktion und der Effektivierung der Leitung und Kontrolle stellen große Teile der Hochschulen direkt oder indirekt in einen Verwertungszusammenhang. Diese Tendenz wird häufig durch staatlich-politische Vorgaben unterstützt, deren erheblicher Einfluß meist von interessierter Seite genutzt wird.

In den Universitäten, aber auch in Instituten und Unternehmen hat sich eine Kritik der Inhalte und Ansätze der herrschenden Wissenschaft herausgebildet. So wird z.B. moniert, daß die Betriebswirtschaftslehre lediglich auf eine einzelwirtschaftliche und nicht eine gesellschaftliche Rationalität orientiert, bei der Technologieentwicklung die Bedürfnisse und Probleme der arbeitenden Menschen unzureichend berücksichtigt werden und die Rechtswissenschaft zur Festschreibung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse beiträgt. Es werden Einwände gegen die spezifische Nutzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit z.B. zur Kontrolle der Menschen oder zum Aufbau von Vernichtungspotential sowie gegen die Nichtberücksichtigung humaner und ökologischer Aspekte erhoben. Die Kritik richtet sich auch gegen die innerwissenschaftliche Arbeitsteilung, die ganzheitliche Überlegungen kaum zuläßt. Der Widerspruch zwischen der öffentlichen Finanzierung eines Teils der Wissenschaft und der privatkapitalistischen Nutzung ihrer Resultate ist ein weiterer Ausgangspunkt für Forderungen nach alternativen wissenschaftlichen Ansätzen, die sich an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, an den Interessen von Betroffenen und Beschäftigten orientieren. Eine kritische Wissenschaft, die an der Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen arbeiten will, sollte einen Bezug zu den Interessenorganisationen der Arbeitnehmer herstellen. Kooperationspartner können z.B. betriebliche oder lokale Gewerkschaftsgruppen, aber auch nationale Gewerkschaftsvorstände sein. Die Zusammenarbeit muß eine kritisch-solidarische sein; die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Wissenschaft muß auch Ergebnisse ermöglichen, für die die Gewerkschaften zunächst wenig Verständnis haben.

Die in der Bundesrepublik Deutschland stark zentralisierten Gewerkschaften haben früh ihren Bedarf an Sozialforschung zur Untermauerung von strategischen Vorstandsentscheidungen erkannt; so haben z.B. die Analyse der Entwicklung und Verteilung der Einkommen, die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Bewertung rechtlicher Gegebenheiten erheblichen Einfluß auf die Tarifpolitik. Die Gewerkschaften sind u.a. zu Reaktionen auf den Einsatz neuer Technologien und Veränderungen bei der sozialen Sicherung gezwungen. Sowohl konservative Traditionen der Universitäten als auch das Interesse an der Verfügung über "eigene" wissenschaftliche Ressourcen haben bei den Gewerkschaften zum Aufbau einer "internen Sozialwissenschaft" geführt. Eckpfeiler dieses Systems sind neben Referenten und Abteilungen bei den jeweiligen Vorständen das mit ökonomischer, soziologischer und juristischer Kompetenz ausgestattete Forschungsinstitut des Deutschen Gewerkschafts-Bundes, das frühere WWI und jetzige WSI sowie die Hans-Böckler-Stiftung

des DGB, die neben der Vergabe von Stipendien jährlich mehrere Millionen Mark für die Forschungsförderung bereitstellt. Auch wenn diese Projekte von Forschungsteams außerhalb der Gewerkschaften bearbeitet werden, ist durch die Finanzierung, Beantragungsrichtlinien, Begutachtung und Begleitung sowie durch die Verpflichtung zur Vermittlung der Forschungsergebnisse ein enger Gewerkschaftsbezug gesichert. Gewerkschaftsvorstände haben sich darüber hinaus in Forschungsförderungsprogramme des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eingeklinkt und mit erheblichen Personal- und Sachmitteln ausgestattete Projekte z.B. zur Umsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse, zur Information über und Dokumentation von Humanisierungsansätzen, zur Beratung von Arbeitnehmern, zur Entwicklung von Bildungsmaterialien zum Thema Humanisierung der Arbeit sowie zur Technologiefolgeabschätzung und zur Technologieberatung eingeworben. Man kann den Gewerkschaften nicht vorwerfen, daß sie diese durchaus beachtliche "interne Sozialwissenschaft" auf die (unmittelbaren) Interessen ihrer Organisation zuschneiden, muß aber zwei defizitäre Bereiche benennen:

- a. Die wissenschaftliche Analyse tieferliegender gesellschaftlicher Strukturveränderungen und politisch-strategisch-perspektivische Forschungsansätze spielen kaum eine Rolle. Eine - wohl auch selbstkritische - Politisierung scheint nicht im vorrangigen Interesse der in den Einheitsgewerkschaften Verantwortlichen zu liegen.
- b. Die wissenschaftlichen Potentiale sind weitgehend zentralisiert bzw. auf die Bedürfnisse zentraler Instanzen zugeschnitten, die betriebs- oder regionalbezogenen Beratungsprojekte haben nur einen zeitlich befristeten Modellcharakter. Das gilt auch für die Technologieberatungsstellen in Hamburg, Berlin und Oberhausen sowie für die an mehreren Hochschulen geförderten Kooperationsprojekte, die zudem personell schwach ausgestattet sind.

Eine wesentliche Ausweitung und eine Überwindung der genannten Defizite erfordert für die Gewerkschaften neben einer Mobilisierung der abhängig Beschäftigten in den Betrieben die umfassende Erschließung externer Ressourcen. Über die praktizierte Zusammenarbeit mit einzelnen Hochschullehrern und Instituten hinaus müßte eine breite Kooperation mit den Hochschulen begonnen werden, die nicht nur arbeitnehmerorientiertes Denken begünstigen hilft, sondern auch die Förderung z.B. einer gewerkschaftsbezogenen Sozialforschung bedeuten kann. Von den Wissenschaftseinrichtungen ist die Bereitstellung von Ressourcen für eine praxis- und interessenbezogene Forschung sowie eine Institutionalisierung der Kooperation mit den Gewerkschaften zu fordern. Die Nutzung solcher Angebote setzt auf seiten der Gewerkschaften die Artikulation inhaltlicher Interessen an politisch-strategischen Fragen, die Öffnung ihrer Strukturen für externe Wissenschaftler, Verständnis für die Zeithorizonte und besondere Sprache von Forschung und die Fähigkeit zum solidarischen Umgang mit Kritik voraus.

"Arbeitnehmerorientierte Sozialwissenschaft" in Kooperation mit den Gewerkschaften ist nur ein Teil der notwendigen kritischen Wissenschaft mit praktischen Bezügen zu organisierten Betroffenen, die für eine Reform der Gesellschaft eintreten. Mit der Konzentration auf betriebliche Probleme dürfen gesellschaftliche Zusammenhänge aber nicht ausgeblendet werden, was z.B. bei der Behandlung medizinisch-ökologischer (Gesundheit/Arbeitsschutz/Naturschutz) oder politischer (Produktion

sozial nützlicher Güter) Probleme deutlich wird. Das Anknüpfen an Arbeitnehmerinteressen erfordert zudem eine Einschränkung der akademischen Arbeitsteilung und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen.

Aufgabenfelder der Hochschulen im Rahmen einer Kooperation mit den Gewerkschaften wären

- a. die Durchführung von Forschungsprojekten;
- b. die Erstellung von Gutachten z.B. zu rechtlichen und arbeitswissenschaftlichen Fragen;
- c. der Transfer von Wissenschaftsergebnissen durch Publikationen, Arbeitskonferenzen und die Vermittlung von Referenten;
- d. der Aufbau von Beratungsinstanzen für Arbeitnehmer und Interessenvertreter, z.B. in bezug auf die Folgen und Gestaltungsmöglichkeiten des technischen Wandels;
- e. das Angebot von längerfristigen Weiterbildungsveranstaltungen, die auch eine weiterführende universitäre Ausbildung von Arbeitnehmern ohne Hochschulzugangsberechtigung ermöglichen sollten;
- f. die Entwicklung von Modellseminaren für die Erwachsenenbildung z.B. im Rahmen des Bildungsurlaubs und die Ausbildung von Teamern und Referenten;
- g. das Einwirken in die Universität selbst im Sinne einer arbeitnehmerorientierten Lehre;
- h. die Mithilfe bei der Aktivierung von wissenschaftlich qualifizierten Lohnabhängigen in den Betrieben und die Unterstützung von Ansätzen einer Forschung durch die Betroffenen selbst.

Voraussetzung für eine derartige Öffnung der Hochschulen ist eine Kooperation mit den Gewerkschaften und die materielle Ausstattung von Kooperationsbereichen mit Hochschullehrern, Mitarbeitern und Sachmitteln mit einem langfristig gesicherten Anteil am Universitätshaushalt. Die zeitlich begrenzte Einrichtung von Kooperationsstellen mit einem oder zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern erhöht zwar die gewerkschaftlichen Möglichkeiten zur Nutzung der Wissenschaft, kann aber eine Veränderung des Wissenschaftsbetriebes selber nicht ersetzen. Einen personell und finanziell vernünftig ausgestatteten Kooperationsbereich, dessen Geschicke je zur Hälfte von Vertretern der Universität und den Gewerkschaften bestimmt werden, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bisher nur an der *Universität Bremen*, die gut fünf Prozent ihrer Ressourcen zur Verfügung stellt.

Die neu gegründete Reformuniversität Bremen schloß 1971 zur Realisierung einer "Wissenschaft im Interesse der Arbeitnehmer" und zur Verzahnung ihrer Arbeit mit der Bremer Arbeiterschaft einen Kooperationsvertrag mit der Arbeiterkammer Bremen ab. Die Arbeiterkammer ist eine nach dem zweiten Weltkrieg gegründete Einrichtung öffentlichen Rechts, in der alle Bremer Arbeiter Mitglied sind und deren Aktivitäten von den Gewerkschaften bestimmt werden. Zur Konkretisierung der Zusammenarbeit wurde eine spezielle Abteilung der Universität, der Kooperationsbereich Uni/Arbeiterkammer, gegründet und zunächst mit sechs wissenschaftlichen Mitarbeitern und einem Professor ausgestattet. Die Arbeit des Bereichs begann mit der Durchführung eines längerfristigen Forschungsprojekts zur Hafendarbeit, der Herstellung von Filmen, der Organisation von Arbeitstagen z.B. zum betrieblichen

Arbeitsschutz und der Entwicklung und Erprobung von Konzepten der Arbeiterbildung. Die in der Universität nur schwach entwickelte Forschung und der Anspruch der Kooperationsstelle auf fundierte Eigenbeiträge führte zum in den frühen siebziger Jahren politisch durchsetzbaren Ausbau der Abteilung zu einem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut mit sechs für die Forschung freigestellten Professoren und einer wachsenden Zahl von - auch durch Drittmittel finanzierten - wissenschaftlichen Mitarbeitern. Es wurden u.a. Projekte zum Einsatz von Industrierobotern, zu den Problemen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zur Entwicklung der Werftarbeit durchgeführt.

Anstelle einer Festschreibung bzw. sogar einer Tendenz zum Abbau von Hochschulaktivitäten im Interesse der Arbeitnehmer sollte eine institutionalisierte Form der Kooperation ausgebaut werden, wobei aus den Erfahrungen des "Bremer Modells" gelernt werden könnte. Zu wünschen wäre die stärkere Erschließung z.B. der Ingenieurwissenschaften und der Medizin sowie die Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit. Denn die Kooperation von kritischer Wissenschaft und Arbeitnehmern kann einen politisch wichtigen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher kultureller Sphären und zur Fundierung eines Bündnisses von traditionellen und neuen sozialen Bewegungen leisten.

Perspektiven des Demokratischen Sozialismus

Zeitschrift der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

Herausgegeben im Auftrag des Vorstands der HDS von Iring Fettscher, Leo Kißler, Jiří Kosta, Norbert W. Kunz und Karl Theodor Schuon

Redaktion:

Bernhard Claußen (Politische Bildung: Didaktische und methodische Aspekte; Besprechungen), Arne Heise (Wirtschaftsdemokratie), Ulrich Heyder (Theoriediskussion im Demokratischen Sozialismus), Jens Kreibaum (Berichte), Norbert W. Kunz, Sabine von Oppeln (Programmdiskussion in der SPD), Karl Theodor Schuon (Aktueller Beitrag), Arno Waschkuhn (Staatsdiskussion im Demokratischen Sozialismus)
Schlußredaktion: Ulrich Heyder

Ständige Mitarbeiter:

Andreas Helfer, Achim von Loesch, Thomas Meyer, Herfried Münkler, Sven Papcke, Hans-Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer, Michael Strübel, Gerhard Himmelmann

Redaktionsanschrift:

Ulrich Heyder, Konrad-Reuter-Str. 39, 2000 Hamburg 65

Verlag u. Abonnementvertrieb:

SP-Verlag, Norbert Schüren GmbH, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

Die pds erscheint vierteljährlich. Einzelverkaufspreis 7 DM, Jahresabonnement 21 DM incl. Versand, Auslandsabonnement 28 DM. Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Copyright © SP-Verlag. Alle Rechte vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgebern wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Druck: Mauersberger, Marburg

Anzeigenverwaltung: SP-Verlag

4. Jahrgang - 1987, Heft 4
(Zitierweise: pds)

ISSN 0176-0750

Inhalt

Editorial 227

AKTUELLER BEITRAG

Herfried Münkler
Die Aktualität des Utopischen 228

THEMA

GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG DER WISSENSCHAFT

Claus Rolshausen
Geschäftsleute der Wissenschaft 233

Karl-Heinz Sahmel
Kritische Wissenschaft und Krise von Gesellschaft und Universität 245

Edgar Einemann
Praxischancen: Kooperation zwischen Universitäten und Gewerkschaften 254

Sven Papcke
Welche Wissenschaft braucht die Gesellschaft? 258

DISKUSSION

I. Theoriediskussion im Demokratischen Sozialismus

Arno Waschkuhn
Politische Dimensionen und gesellschaftsanalytische Defizite der allgemeinen Systemtheorie 269

II. Zur Programmdiskussion in der SPD

Carsten Schlüter
SPD am Scheideweg: Weltanschauungs- oder Grundsatzprogramm 279